

Wer soll bezahlen: Streit um die Finanzierung des jüdischen Museums

In Endingen und Lengnau wird intensiv darüber diskutiert, ob die christlich-jüdische Geschichte besser dokumentiert und ein Museum errichtet werden solle. Solche Bestrebungen gab es bereits in den 1990er-Jahren. von Pirmin Kramer

Damals scheiterte das Projekt. Jetzt hat es Roy Oppenheim, Lengnauer Publizist jüdischer Abstammung, neu lanciert. Doch wer ist für die Darstellung der Dorfgeschichte zuständig? Und wer soll sie finanzieren?

Juden im Aargau

Ab 1776 waren Lengnau und Endingen im Zurzibiet die einzigen Orte der Schweiz, in denen sich Juden niederlassen durften. Die christliche Bevölkerung versuchte gemäss Historischem Lexikon der Schweiz wiederholt, die Juden zu vertreiben. Die jüdische Korporation verwaltete sich selber, baute Synagogen und unterhielt eine Schule. Mit der Verankerung von Niederlassungs- (1866) und Kultusfreiheit (1874) auch für Nichtchristen in der Bundesverfassung verliessen bis etwa 1920 die meisten Juden die Gemeinden. (PKR)

Für Lengnaus Gemeindeammann Kurt Schmid ist ein solches Museum wünschenswert. «Das Interesse an der jüdischen Geschichte im Surbtal ist in den vergangenen zehn, zwanzig Jahren markant gestiegen.» Letztlich gehe es aber ums Geld.

Die Gemeinde habe weder die personelle noch die finanzielle Kraft, um ein solches Projekt zu realisieren und auch zu betreiben. Wenn ein Museum zur Darstellung der jüdischen Geschichte aufgebaut werde, dann sollte dies seiner Meinung nach die <Stiftung zur Erhaltung der jüdischen Kulturgüter von Neu-Lengnau> tun.

Dort ist laut Schmid das Wissen vorhanden, das es für die Errichtung eines Museums braucht.

Gemeinsame Vergangenheit

Roy Oppenheim ist damit nicht einverstanden: «Die Forderung, die Juden sollten doch die anstehenden Aufgaben finanzieren und übernehmen, wäre zu vergleichen mit der Forderung, die ehemaligen Verdingkinder sollen sich selber entschädigen.» Er

bezeichnet die These als grotesk, die Entwicklung dieses historischen Potenzials sei eine Sache der Juden.

Was im Surbtal entstand, ist in seinen Augen das Ergebnis einer gemeinsamen, jüdisch-christlichen Vergangenheit. Die Zwangsansiedlung der rechtlosen Juden nach 1776 sei ein antisemitisch geprägter Entscheid der damaligen Schweizer Obrigkeit gewesen, auch habe sich der Landvogt von Baden zusätzliche Einnahmen aus den horrend besteuerten Juden versprochen.

Die Bauerndörfer hätten sich damals nur widerwillig diesem Diktat der Politik gefügt und die bekannten pragmatischen Formen des Zusammenlebens entwickelt, etwa Häuser mit Doppeleingängen. Oppenheim: «Ich wünsche mir, dass Christen und jüdische Institutionen das Projekt gemeinsam anpacken.»

Touristische Angebote fehlten

Oppenheim weist auf die Chancen dieses historischen Erbes hin. «Im Zurzibiet klagt man über Marginalisierung, über wirtschaftlichen Schwund. Dabei gäbe es dieses touristische, wirtschaftliche, kulturelle Potenzial.» Es fehlten neben einer modernen Präsentation der historischen Fakten auch touristische Angebote. «Die Geschichte könnte dem Gewerbe wirtschaftlichen Mehrwert bringen.»

Kurt Schmid ist nach wie vor der Meinung, dass die Stiftung zur Erhaltung der jüdischen Kulturgüter von Neu-Lengnau prädestiniert für die Errichtung eines Museums wäre. Denn dem Stiftungsrat gehörten Vertreter der jüdischen Kultusgemeinde, des Kantons und des Gemeinderates an.

«Mit anderen Worten: Alle Leistungsträger und Interessierten sind vertreten, und die Zusammensetzung ist konfessionsübergreifend.» Mit diesem Verbund würde eine breite Akzeptanz erreicht, die es braucht, um ein gemeinsames Projekt zum Erfolg zu führen.»

(az Aargauer Zeitung)